

zuführen ist. Frankreichs Weinbauern und Likörfabrikanten sehen sich in ähnlicher Lage.

Nicht gewillt, sich „Coca-colonisieren“ zu lassen, attackierten die Kommunisten die französische Nationalversammlung mit Gesetzesanträgen, Erzeugung und Verkauf von Coca-Cola zu verbieten.

Dem Quai d'Orsay trug das kühle, aber deutliche Anspielungen der Amerikaner auf Befreiung und Marshall-Plan-Hilfe ein, worauf das Parlament die Anti-Coca-Cola-Vorlage durchfallen ließ. Die Produktion dankte mit einer Erzeugung von 840 000 Flaschen pro Monat.

Propaganda-Chef Kurt Quedenfeld von der Arbeitsgemeinschaft der Süßmost- und Obstgetränkeindustrie des Bundes, weiß, worum es geht. „Wir müssen erreichen, den Deutschen in den kommenden Monaten klarzumachen, daß Apfelsaft und Süßmost zu Volksgetränken werden müssen“, ruft er die Erzeuger des flüssigen Obstes auf den Plan.

In Frankfurt hatte Quedenfeld gerade zu einem großangelegten Feldzug gegen Coca-Cola ausgeholt, da legten Geschäftsführung und Vorstand die Kriegstrompete wieder zur Seite: „Auf diesem Parkett bewegen wir uns nicht“, erklärte Geschäftsführer Epping.

Quedenfeld warnt: „Coca-Cola ist ein künstliches Getränk und macht süchtig“. Die Produzenten hätten es offenbar darauf angelegt, daß eine Flasche die nächste zur Folge habe. Der ahnungslose Konsument werde binnen kurzer Zeit Coca-Cola-Kettentrinker und wisse nicht wie.

Darüber hinaus sagen Eppings Süßmoster: Der naturreine Fruchtsaft ist volksgesundheitlich wertvoller. Parieren die Coca-Cola-Leute: „Das ist genau so, als ob man einem Mann, der ein Glas Bier bestellt, Milch vorsetzt, mit dem Hinweis, sie sei gesünder. Er wird es einsehen, aber trotzdem Bier trinken.“

Jetzt will sich die Süßmost- und Obstgetränkeindustrie durch Massenwerbung bemerkbar machen. Farbige Süßmost-Einheitslieferwagen sollen durch die Straßen rollen, ähnlich wie die gelb-roten der Konkurrenz. Dazu ein Massenaufgebot von über 100 000 Plakaten wie bei Coco-Cola, nur daß die Mädchen mit Most zugprosteten.

Zum offenen Zwist Coca-Cola kontra Süßmost lassen es die Kontrahenten nicht kommen. Sie wissen beide: wer einmal auf Fruchtsaft schwört, geht nicht zu Coca-Cola über und umgekehrt. Die Getränke sind zu verschieden. Die Mineralwasserfabrikanten haben sich bisher noch nicht gemeldet. Westdeutschlands Coca-Cola-Direktor Kleint sitzt friedlich im Vorstand des Fachverbandes der deutschen Mineralwasser-Industrie.

„Wir kennen keine Konkurrenz“, sagt er, „wir kennen nur Mitbewerber. Jede Propaganda ist uns recht, wenn dadurch das alkoholfreie Getränk in Deutschland wieder populär wird.“

SCHUHINDUSTRIE

Staatsbürgerschaft abgelehnt

Postkarte genügt, und wir sind wieder da!“, verkündeten die zwangspausierenden Lohn-Schuhmacher von Bleidenstadt/Taunus und Umgebung ihren Chefs von einst. Drei Monate, nachdem sie mit Mann und Maus entlassen wurden, hörten sie es aus Wiesbaden munkeln: „Die Taunus-Schuhfabrik Bleidenstadt ist noch nicht tot“. Nur konkurs.

„Daran ist der Staat schuld“, grollt in Wiesbaden Diplomkaufmann und Steuerberater Walter Boer, erster Taunus-Geschäftsführer im Konkurs-Exil. Kaufmann

Otto Heß, zweiter Taunuschef und Geschäftsführer der Leder-Großhandlung C. Leiner G. m. b. H. kann es noch immer nicht fassen: „Sonst bekämpft der Staat die Arbeitslosigkeit. Jetzt fördert er sie!“ Der Staat ist für ihn Dr. Otto Vitense, Landrat im Untertaunus-Kreis.

Als sich Otto Vitense noch nicht von dem Kundschaft suchenden Rechtsanwalt Dr. Johannes Weygand, Bad Schwalbach, beraten ließ, gutachteten Schuh-Experten nur in rosigen Farben über das schneeweiße Werk am Taunusabhang von Bleidenstadt: „Eine der schönsten und modernsten Schuhfabriken Westdeutschlands“.

Vom glitzernden Duschaum bis zur Kantinen-Vollpension für 45 monatliche D-Mark war alles in bester Ordnung. Nur als es im letzten Winter mit der Lohnzahlung zu hapern begann, murrte die 220-Mann-Belegschaft ganz leise. Die meisten waren Flüchtlinge.

In Berlin warteten für 150 000 DM Sommerschuhe auf den Frühling. 370 000 DM in Roh-, Halbfertig- und Fertigware schlummerte auf Lager. Die Kunden stan-

den. Bald fanden sie mit dem Wirtschaftsministerium eine Basis:

- Die „Hessische Bank“ gibt 500 000 DM Kredit. Das Land Hessen übernimmt dafür die Bürgschaft.

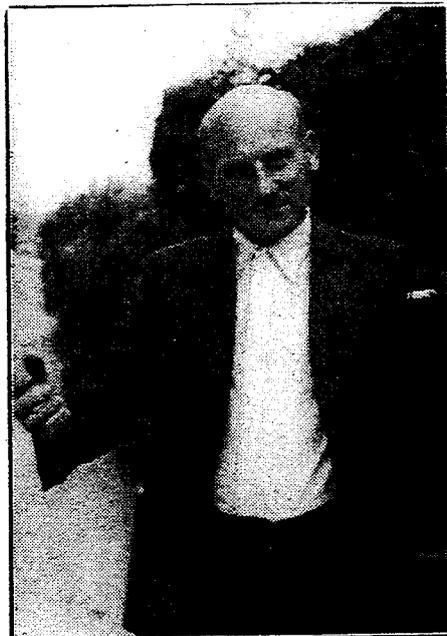
- Großgläubigerin C. Leiner G. m. b. H. streicht mehr als die Hälfte ihrer Forderungen.

- Die gesamten Gläubiger erhalten im Vergleich 50 bis 60 Prozent ihrer Forderungen sofort und den Rest nach rund drei Jahren.

„Dann wird niemand auch nur einen Pfennig verlieren“, rechnete Steuerberater Boer sich aus.

Ende Januar pochte die AOK erneut an die Tür. Untertaunus-Landrat Dr. Otto Vitense pochte als Aufsichtsbehörde mit. Weil auf dem Taunus-Konto noch immer 39 000 DM überfällig waren. Sie waren durch Sicherungsübereignungen gedeckt.

Als Neubürgerbetriebs-Referent Oberregierungsrat März im Wirtschaftsministerium davon hörte, blies er Flüchtlings-Alarm. „Es geht um die Arbeitsplätze“, sagte er zu Landrat Vitense. Und bat ihn, Schuh-Taunus zu unterstützen oder wenig-



Jakob Harz



Walter Boer

Da war nichts zu machen

den mit einer runden Viertelmillion in der Kreide.

Dazu hatten der Auszug einer konkurrierenden Finanzgruppe, einige Fehldispositionen, die Umorganisation und der Preissturz schon im Sommer Lücken in das Taunus-Konto geschlagen. Nicht nur in Bleidenstadt ging die Schuhindustrie auf Krücken.

Als Bad Schwalbachs Allgemeine Ortskrankenkasse im Dezember wegen 60 000 nicht bezahlter D-Mark mit dem Amtsgericht drohte, bogen Taunus-Leitung und -Betriebsrat den Konkursantrag noch einmal ab.

Betriebsrat Jakob Harz ging selbst zum AOK-Chef Nase: „Sie können doch die Leute nicht drei Tage vor Weihnachten auf die Straße setzen lassen!“

Im Januar schimmerte es wie ein erster Lichtblick: der Auftragsbestand stieg auf 20 000 Paar Schuhe. Das reichte für ein-einhalb Monate Vollbeschäftigung. Aber die D-Mark blieb weiter rar.

Geschäftsführer Boer und Hess machten Freunde, Banken und Ministerien mobil, um mit Krediten über den Berg zu kom-

stens so lange stillzuhalten, „bis über die Staatsbürgerschaft entschieden ist.“ Vitense gab seine Zustimmung.

Zwei Tage später reichte die AOK Bad Schwalbach beim Amtsgericht Konkursantrag gegen die Taunus-Schuhfabrik G. m. b. H. ein. Mitten am Samstag um 1/21 Uhr.

Boer und Hess machten ahnungslos Weekend. Am Montag erfuhr Wiesbadens Obergerichtsvollzieher Schuster als erster von dem Antrag. Er sollte einen der Taunus-Geschäftsführer zu einer amtsgerichtlichen „Besprechung“ mit nach Schwalbach bringen. Das war am 6. Februar.

Konkursrichter Kerner ließ sich am Vormittag per Draht vom Wirtschaftsministerium über die Bürgschaftsverhandlungen berichten. Am Nachmittag war Termin. Auch Rechtsanwalt Johannes Weygand trat dabei an. Als Konkursverwalter in spe, um von Anfang an orientiert zu sein.

Schon als Weygand noch in Finanzminister Hilberts Wiesbadener Rechtsabteilung hauptamtlich Gesetzbücher wälzte, hatte Vitense ihm stets die Taunus-Akten zur Einsicht gegeben. Jetzt

protestierte Taunus-Boer gegen Weygands unmotiviertes Auftauchen. Der Anwalt mußte vor die Tür.

Kurz darauf rief er Richter Kerner vor draußen in ein Nebenzimmer. Er habe soeben vom Wirtschaftsministerium die telefonische Nachricht erhalten, daß die Staatsbürgerschaft abgelehnt sei, erklärte Weygand dort.

Boer bat um Aussetzung der Verhandlung für acht Tage. Dann würden die Bürgerschafts-Würfel bestimmt erst endgültig fallen. Kerner setzte um eine Stunde aus. Damit Boer und Hess noch einmal mit AOK-Leiter Nase verhandeln konnten.

Sie boten ihm 15 000 DM in bar und für den Rest der 39 000-D-Mark-Schuld Beibehaltung aller Sicherungsübereignungen. Nase sprach kurz mit Kerner. Dann lehnte er ab. Da war nichts zu machen.

Alle zusammen gingen noch einmal ins Kreishaus. Doch nur Nase, Obergerichtsvollzieher Schuster und Dr. Weygand durften mit in das Landrats-Reich. Dort meinte Schuster zu Vitense: „Da Sie auf der Gesamtforderung bestehen, bleibt der Fabrik nur der Konkurs übrig!“ Weygand plädierte für Konkurs, weil „Taunus“ nur durch den Konkurs zu retten sei.

Dann kam er heraus und sagte zu Hess und Boer „Der Landrat ist für Sie nicht zu sprechen. Der Konkursantrag wurde nicht zurückgenommen.“

Der Taunus-Konkurs war komplett. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Johannes Weygand. Den fertigen Konkursverwalter-Stempel brachte er am nächsten Morgen schon mit in die Schuhfabrik.

Als erste Amtshandlung schob er Boer und Hess Konkursverfahren, Konkursverbrechen, Betrug und Untreue in die Taunus-Schuhe. Der Konkurs habe schon im Oktober angemeldet werden müssen. Am Mittwoch wurden Boer und Hess verhaftet. Am Donnerstag waren sie wieder frei. Weil der Untersuchungsrichter den Haftbefehl nicht bestätigte.

Vitense fuhr mit landrätlichem Trostgesang nach Bleidenstadt, um der Belegschaft zu verkünden: „Es wird wie bisher weitergearbeitet.“

Bald aber kündigte sich das nahende Unheil mit Kurzarbeit an. „Zur Alarmierung der Öffentlichkeit“ inszenierte Jakob Harz einen eineinhalbtägigen Sitestreik. Einziger Erfolg: Im März wurde der Belegschaft gekündigt. Rechtsanwalt Weygands „gute Beziehungen“ hatten nicht gereicht, um das Geld zu beschaffen.

Am 27. Juni gab ihm die dritte Gläubigerversammlung im Löwenburg-Saal, Bad Schwabach, mit 952 373 gegen 22 823 DM-Stimmen endgültig den Laufpaß. Und wählte Rechtsanwalt Heinz Beckmann aus Wiesbaden auf den Konkursthron.

Weygand hatte in vier Monaten mit zwei Pkw.s ebensoviel Gläubiger-Benzin verfahren wie die ganze Schuhfabrik bei Vollbetrieb mit fünf P- und Lkw.s vorher im gleichen Zeitraum verbraucht hatte. Er hatte ohne Anhörung des Gläubiger-Ausschusses selbständig Prozesse angestrengt.

Es kam noch mehr heraus. Taunus-Anwalt Dr. Heuss: Nach Kripo-Ermittlungen hat sich im Wirtschaftsministerium keine verantwortliche Person gefunden, die Rechtsanwalt Weygand am 6. Februar telefonisch von einer Ablehnung der Staatsbürgerschaft Mitteilung gemacht haben soll.

Regierungsrat Stamm, Leiter der Landesprüfstelle im Wirtschaftsministerium:

- Der Konkurs kam aus heiterem Himmel, nachdem die Landesprüfstelle gerade mit einer Untersuchung der Kreditwürdigkeit des Unternehmens beauftragt worden war.
- Die Untersuchung hat für den Konkurstag weder Ueberschuldung noch Zahlungseinstellung ergeben.

Zwei Tage nach dem Löwenburg-Debakel kündigte die Gemeinde Bleidenstadt den Pachtvertrag für das Gelände der Taunus-Schuhfabrik. Nachdem der Bürgermeister vorher darüber mit Landrat Vitense verhandelt hatte.

Weygand-Nachfolger Beckmann wühlte sich inzwischen mühsam durch die Taunus-Akten. In Richtung Zwangsvergleich plus Staatsbürgerschaft. „Ich mache nichts ohne den Gläubigerausschuß“, versichert er.

„Mein Ziel ist, den Betrieb so schnell wie möglich wieder in Gang und die Leute wieder in Arbeit zu bringen. Womit ich nicht gesagt habe, daß Rechtsanwalt Weygand sich nicht darum bemüht hat.“

Die acht ungekündigten Abwickler auf dem Bleidenstädter Taunus-Schuhgelände machen sich ihre eigene Meinung: „Damit hat sich Rechtsanwalt Beckmann sehr vorsichtig ausgedrückt.“ Sie wissen, daß ihre Chefs von einst Dr. Weygand wegen vorsätzlich und fahrlässig falscher und kredit-schädigender Behauptungen angezeigt haben.



So lange stillzuhalten
Otto Vitense

FETTSTEUER

Brot und Spiele

Aus dem Bonner Backofen zogen sie einen halbverbrannten Laib. Der Kanzler brach das Brot und siehe: es verteuerte sich. Dafür: wurde dann die bei Margarine mögliche Verbilligung verhindert. Das Ganze ist die planmäßige Regierungspolitik seit Aufhebung des Import-Ausgleichsgesetzes am 1. Juli 1950.

Neun Monate lang war der Termin bekannt. Und als vierzehn Tage vor Ablauf des Gesetzes die Vorlage besprochen werden sollte, bat Bundesernährungsminister Niklas, das Thema von der Tagesordnung des Kabinetts abzusetzen. Er könne nicht teilnehmen. Grundlage der Neuordnung an der Schwelle der agrarischen fast-Markt-Wirtschaft sollten die neuen Getreide-, Fett-, Zucker- und Fischgesetze sein. Sie alle stecken noch in der Bonner Gesetzesmaschine.

Für das Brot bringt der Wegfall der Subventionen eine Erhöhung des Weizenpreises von 260 auf fast 320 Mark je Tonne, bei Roggen eine Steigerung von 240 auf 280 DM. Nach Aufzählen der gegenwärtigen Bundesreserve (400 000 t Weizen,

200 000 t Roggen) und Beibehaltung der Spannen muß das zu einer Verteuerung des Brotes in den Bäckerläden führen, verkündeten Experten in Bonn.

Zwischendurch beruhigte der Kanzler die Gewerkschaften, das Brot werde nicht teurer.

Kassenwart Schäffer rief nach Mitteln, die notwendig sind, wenn der Brotpreis trotz Annäherung an die höheren Weltmarktsätze gehalten werden soll. Die Kabinettsgaule fielen auf die Margarine. Bei den Fettrohstoffen liegt der Weltmarktpreis genau umgekehrt: er ist niedriger. Die bisher 50 DM, die für je 100 Kilogramm Saaten und Oele als Ausgleichsabgabe gezahlt werden mußten, können seit dem 1. Juli eingespart werden. Da schien den Bonnern Geld zu holen.

Praktisch aber hinkte auch der Fortfall der 50-Mark-Abgabe den Ereignissen nach. Im harten Konkurrenzkampf kaufen manche Importeure die Rohstoffe für Margarine offiziell als „technische Fette“. Die sind dann abgabefrei.

Mit diesen (guten) Fetten konnte Margarine bereits zu niedrigen Preisen bis zu 90 Pf das Pfund verkauft werden. Die Spitzenquoten blieben noch bei 1,22 DM hängen, denn die Weltmarktpreise zogen seit Kriegsausbruch in Korea wieder an.

Im Agrarausschuß des Bundesrates wurde die Beibehaltung einer Margarine-Ausgleichsabgabe („Fettsteuer braucht sie ja nicht wieder zu heißen“) in Finstelönen gepriesen. Denn die bisherigen Abgaben kamen dem lieben Vieh zugute. Mit ihnen wurden die Futtermittel künstlich verbilligt. Außerdem liegt den Landwirten daran, das Verkaufsverhältnis Butter zur Margarine im freien Spiele der Kräfte zumindest beizubehalten.

Wirtschaftsminister Erhard dagegen erklärte, eine mäßige Erhöhung der Brotpreise könne wohl in Kauf genommen werden, aber die beabsichtigte Fettsteuer, die mit 280 bis 300 Millionen DM Ertrag veranschlagt ist, würde eine Maßnahme darstellen, die einer „an sich möglichen Preisherabsetzung bei Margarine entgegensteht“.

Zwischendurch beruhigte der Kanzler die Gewerkschaften, das Fett werde nicht teurer.

Da schlugen die grünen Frontkämpfer sich in die Rhöndorf-Schanze. Die Delegation des Ernährungsausschusses im Bundestag zog unter Führung Dr. Horlachers zum Sitz des Premiers. Sie erreichten, was dem betroffenen Mühlengewerbe nicht gelang, den Kanzler zu sprechen. Für die Vertreter der Mühlen blieb das Ohr des Kanzlers unerreichbar. „Wegen Krankheit.“ Und der Kanzler war wirklich krank.

Die schließliche Kabinettslinie: Es mit den Bauern nicht verderben und sich die Gewerkschaften vom Halse halten. Sobald Hans Böckler aus der gewerkschaftlichen Habt-Acht-Stellung heraus den entscheidenden Streikschritt tun wollte, trat ihm das Bundes-Presseamt prompt mit einer beruhigenden Verlautbarung auf den schon angehobenen Fuß.

Endresultat des linksrheinischen Durcheinanders war ein Appell an den Getreidehandel und die Bäcker, um Himmels Willen die Preise nicht zu erhöhen. (In Uelzen und Braunschweig stiegen die Brotpreise innerhalb von zwei Tagen schon um 10 Prozent.) Dazu kam die Ankündigung einer Ausgleichsabgabe für Margarine von 25 Pf pro Kilo an Stelle der bis Ende Juni geltenden Importabgabe von 50 Pf. Für drei Monate.

In drei Monaten beginnt in Bayern das Debakel um die Landtagswahlen. Dann könnte zusammen mit anderen pro-bayerischen Maßnahmen eventuell auch die Fettsteuer (Ausgleichsabgabe) wieder aufgehoben werden und damit ein Flüchtlingssieg wie in Holstein vermieden werden.